

## „Frieden ist erst, wenn man ihn teilt...“

von B. Frieden

Ich bin nicht perfekt! Ich bin nicht besser als jemand anderes! Ich habe nicht immer Recht! Denn ich bin ein Mensch. Nichts weiter...

Ich bilde mir auch nicht ein andere bekehren zu können, halte mich nicht für allwissend oder denke, ich wäre ein Vorbild. Ich habe die Idee des Friedens nicht erfunden. Nicht einmal in mir selbst hab ich den Frieden tatsächlich gefunden, bzw. empfinde ihn noch nicht allumfassend und bezweifel, ihn anderen geben oder vorleben zu können.

Mir ist klar geworden, dass selbst wenn man den Frieden in sich gefunden hat, man ihn jeden Tag pflegen, behüten und womöglich immer wieder neu mit sich und den äußeren Umständen ausfechten muss. Es ist ein Prozess, der oft langwierig und mit Rückschlägen verbunden ist. Kein Wunder, wenn man sich anschaut, wo

überall die verschiedensten Formen des Krieges ausgeübt werden...sogar im engsten Umfeld, im Bekannten- und Freundeskreis.

Aber ich spüre - obwohl ich noch ganz am Anfang einer Entwicklung bin - das es ein durchaus schöner, wichtiger und weiterführender Prozess ist... besonders wenn man ihn mit so wundervollen Menschen teilt, wie ich sie in den letzten 2 und halb Jahren innerhalb der Friedensbewegung kennen lernen durfte.

Als ich damals aufgewacht bin, hätte ich nie für möglich gehalten, wie viele Wahrheiten ich noch über die Welt aber auch über mich selbst herausfinden würde...

Und ich spüre immer mehr, dass man Frieden nicht nur erst schaffen kann wenn man ihn in sich findet oder trägt... sondern vor allem wenn man ihn nicht nur für sich benutzen und besitzen möchte.

## Gründungsparteitag der HFP

von J. Möbius

Vor fast einem Monat trafen sich ca. 20 Menschen in Berlin-Tempelhof zur Gründung der Humanistischen Friedenspartei. Unter den Augen zahlreicher Gäste die vor Ort oder im Netz zugeschaltet waren, ging man die Satzung und das Parteiprogramm Punkt für Punkt durch. Beides wurde von den Aktiven in ca. 18 Monaten erarbeitet und erhielt an diesem Tag, soweit möglich, den letzten Schliff. Die Gäste im Netz und vor Ort konnten sich aktiv an den Feinschliff beteiligen. Nicht nur, dass deren Meinung gefragt war, man berücksichtigte auch ihre Vorschläge. Hier wurde Basisdemokratie betrieben, für die die HFP steht und die sie in ihrer Satzung und in ihrem Parteiprogramm verankert haben. Für die parteiinterne Arbeit wurde ein HFP-Netzwerk eingerichtet. Im Peace Point können sich alle Interessierte beteiligen. In der Präambel wurde definiert welche drei Maßstäbe bei Entscheidungen unbedingt einzuhalten sind: Nutzt es den Menschen? - Nutzt es der Umwelt? - Nutzt es dem Frieden? Die Transparenz ist das wesentliche Element, welcher sich die HFP verpflichtet sieht. In einem Unterpunkt des § 2 der Satzung: Definition

der Transparenz in der Partei, zeigt man, dass „eine Offenlegung von Finanzen und öffentlich relevanten Dingen“ zum Parteiverständnis gehören. Zu diesem Zweck soll eine spezielle Datenbank mit allen Informationen installiert werden, auf die jedes Mitglied zugreifen kann. Weiter kann man unter § 2.7: Besondere Verantwortung der Mitglieder in der Öffentlichkeit lesen: „Jeder Mandatsträger gibt das mehr an Diäten, dass das Medianeinkommen in Deutschland überschreitet, freiwillig per Erklärung an die HFP ab (das Medianeinkommen von 35,3 Millionen abhängig Beschäftigter lag im Jahr 2010 bei monatlich 1.294 €).<sup>(3)</sup> Diese Bestimmung soll dem Interesse der Mitglieder nach persönlicher, materieller Gier entgegenwirken. Das Parteilmitglied soll sich als Volksvertreter sehen, der den Wählern dient und nicht dem eigenen Karrierebestrebungen, mit der Aussicht auf höhere Einkünfte. Damit wird dem Vorwurf, der in der Bevölkerung weit verbreitet ist und den Politikern angelastet wird „Wasser predigen und Wein saufen“, entschieden entgegengewirkt. Im Parteiprogramm findet sich unter § 3: Basisdemokratie,

## Deutsche verspielen Verhältnis zu Russland durch „Erinnerungslücken“ – Platzek

von Sputniknews

Die Erinnerungskultur der Deutschen weist laut dem Vorsitzenden des Deutsch-Russischen Forums Matthias Platzek gravierende Lücken auf. Deutschland vergebe damit die Chance, gute Beziehungen zu Russland aufzubauen und dessen Versöhnungsleistung zu würdigen, schrieb Platzek in einem am Mittwoch veröffentlichten Gastbeitrag für den Tagesspiegel.

*Lehren aus Hitler-Überfall auf UdSSR: „Treubruch führt nicht immer zu Erfolg“*

Am 22. Juni 2016 jährt sich das „Unternehmen Barbarossa“, der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion<sup>(1)</sup>, zum 75. Mal. Zwar mangle es in Deutschland heutzutage nicht an Gedenkfeiern, der 22. Juni sei aber kein offizieller Gedenktag, beklagt der SPD-Politiker. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion feiere an diesem Tag sogar das Sommerfest. Ähnlich sieht es laut Platzek für den 8. Mai aus, der im Kalender des

eine ergänzende Aussage, in der heißt es: „Rente für die Abgeordneten im Bund sollen den Regeln der Rente aller anderen Bürger angeglichen werden“. Ein anderer wichtiger Punkt, der dem Gründungsgedanken einer Partei erheblichen Schaden zufügen kann, ist der Umgang mit Spenden. Leider sind die Menschen verführbar und es kommt vor, dass man unter Umständen seine Ideale an den meistbietenden Lobbyisten verkauft. Im § 5 der Satzung: Finanzierungsordnung, geht man daher auf den Umgang mit Spenden ein. Schon ab 1000,00 € monatlich bzw. 3000,00 € im Quartal Gesamteinnahme findet eine interne Prüfung statt. Dies gilt auch für Ausgaben von 3000,00 € im Quartal. Selbstverständlich wird auch hierbei die Transparenz großgeschrieben. Wir, die Wähler, können nur hoffen, dass die Aussage von Horst Seehofer: „Diejenigen, die entscheiden sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden haben nichts zu entscheiden“, in der Versenkung der Geschichte verschwindet. Links über die Satzung und vor allem über das Parteiprogramm der HFP in den Quellen.<sup>(4)</sup>

Bundestags nicht als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, sondern als Weltrotkreuztag firmiert ist.

Solche Fälle sind aus Sicht des Politikers aber keine böse Absicht, sondern eher eine Unbedachtheit der Regierung. Doch bekomme man das unguete Gefühl, dass die deutsche Gedenkkultur große Lücken aufweise und ihre eigenen Prioritäten setze.

„Wir gehen nicht gut mit unserer nationalen Verantwortung um“, schreibt der ehemalige Ministerpräsident von Brandenburg.

Gerade Russland habe wiederholt gezeigt, was wahres Verzeihen bedeute. „An den Stätten der größten Tragödien des Zweiten Weltkriegs, auf den Schlachtfeldern bei St. Petersburg, Wolgograd und Kursk sind wir Deutsche als Freunde willkommen“, so Platzek.

Deutschland sollte es nicht versäumen, mit seinem größten Nachbarn in Osteuropa die Beziehungen zu stärken. Vor dem Hintergrund der Spannungen sei es umso wichtiger, die Versöhnungsleistung der früheren Sowjetrepubliken und Russlands staatspolitisch zu würdigen.<sup>(2)</sup>

## Termine

### Berliner Mahnwache für den ersten Weltfrieden

4.7., 11.7. & 18.7.

Alexanderplatz  
25.7.

Breitscheidplatz  
immer Montags  
18 - 21 Uhr

### TTIP und CETA stoppen: Demo in 7 Städten

Jugendaktion

Save the date

Samstag

17.9.

12:00 Uhr

Berlin, Frankf. a. M., Hamburg, Köln, München oder Nürnberg, Leipzig und Stuttgart<sup>(5)</sup>

### 20 Wochen gegen

20 Bomben  
Büchel ist überall!  
Aktionspräsenz  
und  
Friedenswiese

26. März - 8. August 2016  
Büchel<sup>(6)</sup>

## „Ärzte ohne Grenzen“ nimmt kein Geld mehr von EU und Mitgliedstaaten

von Ärzten ohne Grenzen

Berlin/Brüssel, 17. Juni 2016. Aus Protest gegen die Abschottungspolitik der Europäischen Union wird Ärzte ohne Grenzen keine Gelder mehr bei der EU und ihren Mitgliedstaaten beantragen. Das hat die internationale Hilfsorganisation am Freitag in Brüssel angekündigt. „Wir sehen in unseren Projekten jeden Tag, welches Leid die aktuelle EU-Politik verursacht“, begründet Florian Westphal, Geschäftsführer von Ärzten ohne Grenzen Deutschland, die Entscheidung. Die Organisation verzichtet damit auf Finanzierungen in Höhe von derzeit rund 50 Millionen Euro jährlich und setzt verstärkt auf Privatspender. Im Jahr 2015 erhielt das internationale Netzwerk 56 Millionen Euro von der EU und ihren Mitgliedstaaten. Auch bei der Bundesregierung werden keine neuen Gelder beantragt.

„Die verheerenden Auswirkungen der EU-Abschottungspolitik für Menschen auf der Flucht, besonders für verletzte Gruppen wie Schwangere, Kinder und unbegleitete Minderjährige, erleben unsere Teams täglich – in Europa, an dessen Außengrenzen und bis in die Herkunftsländer hinein“, so Westphal. Drei Monate nach Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens sitzen als direkte Folge mehr als 8.000 Schutzsuchende auf den griechischen Inseln fest. Darunter sind Hunderte unbegleitete Minderjährige und viele Familien, die vor den Kriegen in Syrien, Irak und Afghanistan geflohen sind. Sie werden unter völlig unzureichenden Bedingungen oft monatelang in überfüllten Lagern festgehalten und müssen mit der Abschiebung in die Türkei rechnen.

„Der EU-Türkei-Deal ist kein Erfolg, wie die deutsche Regierung behauptet. Er versucht nur, Notleidende aus Europa fernzuhalten“, so Westphal. „Vielmehr ist er ein gefährlicher Präzedenzfall für die Politik anderer Staaten jenseits der EU. Wir sehen schon jetzt einen Dominoeffekt geschlossener Grenzen. Die EU-Staaten sind durch ihre Abschottung zur Türkei mit dafür verantwortlich, dass im Norden Syriens rund 100.000 Vertriebene nur wenige Kilometer entfernt von der Front mit dem so genannten Islamischen Staat an der türkischen Grenze festsitzen, die ebenfalls geschlossen ist.“ Ärzte ohne Grenzen leistet derzeit Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene in mehr als 40 Ländern, darunter in Griechenland, Serbien, Frankreich und Italien sowie auf drei Rettungsschiffen im Mittelmeer. In den vergangenen 18 Monaten haben die Teams etwa 200.000 Flüchtlinge in Europa behandelt. Die

Hilfe in Europa wird bereits ausschließlich aus Privatspenden finanziert.

Ärzte ohne Grenzen finanziert sich zu 92 Prozent aus Privatspenden. Der Anteil institutioneller Gelder liegt bei knapp 7 Prozent. Im Jahr 2015 erhielt Ärzte ohne Grenzen 19 Millionen Euro von EU-Institutionen, 37 Millionen Euro von EU-Mitgliedstaaten sowie 6,8 Millionen Euro von Norwegen, von dem ebenfalls keine Gelder mehr angenommen werden.

Vom Auswärtigen Amt (AA) erhielt Ärzte ohne Grenzen im Jahr 2015 3,9 Millionen Euro für Projekte in fünf afrikanischen Ländern. Für das Jahr 2016 wurden Finanzierungsverträge über 4 Millionen Euro für Projekte in fünf Staaten in Afrika abgeschlossen, die noch erfüllt werden. Neue Mittel wird Ärzte ohne Grenzen beim AA nicht beantragen. (7)

## Griechenland oder die Banken? Wer ist denn hier Pleite?

von M. Klimke

Griechenland erhält weitere 7,5Mrd. aus dem Euro-Rettungsfond. 5,7Mrd. davon fließen direkt wieder zum IWF und der EZB. Mit den restlichen 1,8Mrd. sollen inländische Zahlungsverpflichtungen begleichen werden, die gegenüber Firmen mit Staatsaufträgen bestehen. Außerdem spart Griechenland 400 - 500Mio., da die neuen Kredite niedrigere Zinsen haben, aber nur weil die EZB wieder griechische Staatsschulden ankauft. Soweit, so gut, aber wir wissen seit Mitte 2013, dass 75% der Hilfgelder der Rettung des Finanzsektors dienen und wahrscheinlich immer noch dienen und die Bankenkrise ist ja immer noch nicht vorbei. Italien muss aktuell die „Veneto Bank“

retten, bei Schwedens größter Bank „Nordea“ fehlen 10Mrd. in der Kasse und auch bei den 3 deutschen Landesbanken „NordLB“, „HSH Nordbank“ und „Bremer Landesbank“ wird die Schiefelage, wegen faulen Krediten an Reeder und Handelsgesellschaften, zunehmend kritischer gesehen. Die Schweizer Ratingagentur „Independent Credit View“ sieht zwar leichte Erholung bei der Kreditwürdigkeit einzelner Banken in Europa, aber Banken wie die „UniCredit SpA“ und deren österreichische Tochter „Bank Austria“ würden im Krisenfall in Österreich einen enormen Kapitalbedarf erzeugen. Für Frankreich und Südeuropa sieht es nicht besser aus. (8)

## Fracking-Gesetz wird durchgedrückt

von M. Falkenteich

Am Freitag (24.6.) will die Bundesregierung das Fracking-Gesetz durchdrücken. Es hat sich leider nichts geändert, es wird kein generelles Verbot geben. Damit bleibt zu befürchten, dass beim Abschluss von CETA und TTIP diese Gesetze bis zur Unkenntlichkeit aufgeweicht werden und wir über die Hintertür Fracking bekommen. Wie er Oppermann behauptet ist dann aber damit nicht der Bevölkerung sondern wieder einmal nur der Industrie gehol-

fen.

Noch einmal zur Erinnerung. Die Industrie ist der Meinung, dass Fracking notwendig ist, weil wir es bis heute nicht schaffen konsequent uns von Gas und Öl ab- und den erneuerbaren Energien zuzuwenden. Fracking kann aber nur ein hinauszögern des unvermeidbaren sein und so steigen wir dann halt 20 Jahre später auf Elektroautos um haben dafür aber ganze Landstriche die vom Fracking verseucht sind. (9)

Es ist die Aufgabe der Opposition, die Regierung abzuschminken, während die Vorstellung noch läuft.

Jacques Chirac

**Quellen und weiterführende Links:** (1) sptnkne.ws/b6Hd (2) Diesen Artikel haben wir mit Dank von Sputnik übernommen - sptnkne.ws/b6Gr

(3) de.wikipedia.org/wiki/Mittleres\_Einkommen (4) humanistischefriedenspartei.de/satzung.php - humanistischefriedenspartei.de/programm.php

(5) facebook.com/events/238569183178096 - www.bundjugend.de/kampagne/ttip-stoppen (6) www.atomwaffenfrei.de

(7) Diesen Artikel haben wir mit Dank von Ärzten ohne Grenzen übernommen - www.aerzte-ohne-grenzen.de/aerzte-ohne-grenzen-stopp-eu-gelder

(8) deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/06/22/ezb-akzeptiert-griechische-staatsanleihen-wieder-als-sicherheit

handelsblatt.com/politik/international/attac-recherche-griechenland-hilfe-ging-an-banken-und-reiche/8360140.html

spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-bekommt-7-5-milliarden-aus-rettungsfonds-a-1098927.html - deutsche-wirtschafts-nachrichten.de - t1p.de/um8b

(9) spiegel.de/politik/deutschland/fracking-bundestag-soll-am-freitag-ueber-verbot-abstimmen-a-1098957.html

**Die Berliner Montagspost bitte mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!**

### Impressum:

Die Berliner Montagspost ist ein Organ der Berliner Montagsmahnwache und Ihrer Teilnehmer. Ihre Artikel erhält sie von Ihrer Leserschaft und aus dem Internet. Sie erscheint jeden zweiten Montag und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

### Download:

www.mahnwache.info/mahnwachen/montagspost.html

### Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser, sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. Berliner Montagspost-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wieder.

### Redaktion:

Martin Klimke, Berlin

### stellvertretender Chefredakteur:

Lars Mährholz, Berlin



www.mahnwachen.info



www.kenfm.de



www.wearechange.org



www.free21.org



www.lobbycontrol.de



www.wikileaks.org



www.nrh21.de



www.jungundnaiv.de



www.nachdenkseiten.de



www.ossietzky.de



www.hinter-den-schlagzeilen.de